Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

21. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 3. Januar 1967

Nummer 1

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
1001	5. 11. 1966 12. 12. 1966	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Siegen vom 26. April 1966 mit Art. 78 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen	2
20300 223	6. 12. 1966	Verordnung zur Regelung der Dienstverhältnisse der Lektoren an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Lektorenordnung — LektO)	2
45 26	13. 12. 1966	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Ausländergesetz zuständigen Verwaltungsbehörden	3
7126	20. 12. 1966	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einführung einer gemeinschaftlichen Klassenlotterie mit den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hansestadt Hamburg und Hansestadt Bremen	3
97	16. 12. 1966	Verordnung NW TS Nr. 1/67 über einen Tarif für die An- und Abfuhr von Milch und Milcherzeugnissen im allgemeinen Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen in Nordrhein-Westfalen	3

1001

**Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs
für das Land Nordrhein-Westfalen
über die Vereinbarkeit des Gesetzes zur
Neugliederung des Landkreises Siegen
vom 26. April 1966 mit Art. 78 der Verfassung
für das Land Nordrhein-Westfalen
vom 5. November 1966**

Aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen vom 5. November 1966 — VGH 3/66 — in der Verfassungsstreitsache auf Grund der Behauptung, das Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Siegen vom 26. April 1966 (GV. NW. S. 271) verletze, soweit es die Gemeinde Kaan-Marienborn betreffe, die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der Selbstverwaltung, wird nachfolgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

Das Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Siegen vom 26. April 1966 (GV. NW. S. 271) ist, soweit es die Gemeinde Kaan-Marienborn betrifft, mit Art. 78 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 6./18. Juni 1950 (GS. NW. S. 3) vereinbar.

Diese Entscheidung hat Gesetzeskraft.

Düsseldorf, den 12. Dezember 1966

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen
Professor Dr. Halstenberg

— GV. NW. 1967 S. 2.

20300
223

**Verordnung
zur Regelung der Dienstverhältnisse
der Lektoren
an den wissenschaftlichen Hochschulen
des Landes Nordrhein-Westfalen
(Lektorenordnung — LektO)**

Vom 6. Dezember 1966

Auf Grund des § 216 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1966 (GV. NW. S. 427) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Finanzminister verordnet:

I. Geltungsbereich

§ 1

Diese Verordnung gilt für die in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Probe sowie für die in das Beamtenverhältnis auf Widerruf berufenen Lektoren.

II. Allgemeines

§ 2

(1) Die Lektoren haben die Aufgabe, die Tätigkeit der Hochschullehrer (§ 199 des Landesbeamtengesetzes) durch eine dem besonderen Zweck angepaßte, überwiegend praktische Ausbildungstätigkeit zu ergänzen. Sie haben dazu Lehrveranstaltungen abzuhalten und die Ausbildung der Studenten nach besten Kräften zu fördern. Sie können beauftragt werden, Prüfungen abzuhalten oder an ihnen mitzuwirken.

(2) Außerdem haben die Lektoren an den Aufgaben der Hochschuleinrichtungen, in deren Bereich sie tätig werden, in angemessenem Umfang mitzuwirken, und zwar auch während der vorlesungsfreien Zeit.

(3) Lektoren werden für Sprachen, Künste und für sonstige Fächer eingestellt, die eine entsprechende Lehrtätigkeit erfordern.

§ 3

(1) Die Lektoren sind verpflichtet, im Rahmen ihrer regelmäßigen Arbeitszeit Lehrveranstaltungen mit einem Umfang von wöchentlich wenigstens zehn Stunden abzuhalten. Soweit für ihr Fach ein planmäßiger Hochschullehrer bestellt ist, haben sie sich mit diesem über die abzuhaltenden Lehrveranstaltungen zu verständigen.

(2) Können wegen der Besonderheiten des Faches Lehrveranstaltungen in dem in Absatz 1 genannten Umfang nicht abgehalten werden, so ist durch Übertragung von bestimmten Aufgaben im Rahmen von § 2 Abs. 2 ein Ausgleich zu schaffen.

§ 4

Vorgesetzte der Lektoren sind die Dekane der Fakultäten oder Abteilungen. Liegt die Tätigkeit eines Lektors nicht im Bereich einer bestimmten Fakultät oder Abteilung, so ist Vorgesetzter des Lektors der Rektor der Hochschule. Soweit die Lektoren an den Aufgaben von Hochschuleinrichtungen mitwirken (§ 2 Abs. 2), sind deren Leiter ihre Vorgesetzten.

III. Lektoren im Beamtenverhältnis auf Widerruf

§ 5

(1) Zum Lektor kann unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf ernannt werden, wer

1. die allgemeinen Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten auf Widerruf erfüllt,
2. eine durch Prüfung abgeschlossene Ausbildung an einer Universität, einer Technischen Hochschule oder einer Kunsthochschule erhalten hat.

(2) Zum Lektor für das Fachgebiet „Sprachen“ kann ernannt werden, wer die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt und berechtigt ist, den Doktorgrad einer Fachrichtung, die seinem künftigen Aufgabenbereich entspricht, oder einen entsprechenden ausländischen akademischen Grad zu führen, oder wer die Befähigung für das Lehramt am Gymnasium besitzt. Lektoren für neuere Sprachen sollen sich mindestens ein Jahr in dem Land aufgehalten haben, in dessen Sprache sie unterrichten sollen.

(3) Der Kultusminister kann Ausnahmen von Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 zulassen.

§ 6

Das Beamtenverhältnis eines Lektors soll nur zum Semesterende mit einer Frist von drei Monaten widerrufen werden. § 200 Abs. 3 des Landesbeamtengesetzes gilt entsprechend. Ist einer der in § 34 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Landesbeamtengesetzes genannten Tatbestände gegeben, so gelten die Fristen des § 34 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 des Landesbeamtengesetzes. Als Beschäftigungszeit im Sinne des § 34 Abs. 3 des Landesbeamtengesetzes gilt die Zeit ununterbrochener Tätigkeit als Lektor im Beamtenverhältnis auf Widerruf im Lande Nordrhein-Westfalen.

§ 7

Soll das Beamtenverhältnis eines Lektors über acht Jahre hinaus fort dauern, so ist hierzu die vorherige Zustimmung des Kultusministers erforderlich.

IV. Inkrafttreten

§ 8

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1967 in Kraft. Vom selben Zeitpunkt an sind der Erlaß betr. Regelung der Dienstverhältnisse der Hochschullektoren an den preußischen Universitäten und Technischen Hochschulen (Lektorenordnung) vom 10. April 1930 — Zentralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen 1930 Jahrgang 72 Seite 142 — sowie die dazu ergangenen Bestimmungen nicht mehr anzuwenden.

Düsseldorf, den 6. Dezember 1966

Der Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Mikat

— GV. NW. 1967 S. 2.

45
26

**Verordnung zur Änderung
der Verordnung zur Bestimmung der für die
Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem
Ausländergesetz zuständigen Verwaltungsbehörden**

Vom 13. Dezember 1966

Auf Grund des § 66 Abs. 2 und des § 73 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 (BGBl. I S. 177), zuletzt geändert durch die Gesetze vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 851 und BGBl. II S. 713), wird verordnet:

Artikel I

§ 1 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zur Bestimmung der für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Ausländergesetz zuständigen Verwaltungsbehörden vom 7. Juli 1966 (GV. NW. S. 410) erhält folgende Fassung:

2. soweit es sich um Zuwiderhandlungen gegen § 48 Abs. 3 AuslG handelt,
  - a) die örtliche Ordnungsbehörde als Meldebehörde,
  - b) soweit in den Landkreisen Detmold und Lemgo die Gemeinden zum Bezirke eines Amtmannes gehören, die Gemeinden als Meldebehörden.

Artikel II

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 1966

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Weyer

— GV. NW. 1967 S. 3.

7126

**Gesetz
zur Änderung des Gesetzes über die Einführung
einer gemeinschaftlichen Klassenlotterie mit
den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein,
Hansestadt Hamburg und Hansestadt Bremen**

Vom 20. Dezember 1966

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das Gesetz über die Einführung einer gemeinschaftlichen Klassenlotterie mit den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hansestadt Hamburg und Hansestadt Bremen vom 2. Oktober 1947 (GS. NW. S. 672) wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgenden Wortlaut:

Gesetz
über die Einführung einer gemeinschaftlichen Klassenlotterie mit den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie und Hansestadt Hamburg, Freie Hansestadt Bremen und dem Saarland

- b) § 2 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

Gemeinsam mit den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Freien Hansestadt Bremen und dem Saarland errichtet das Land Nordrhein-Westfalen eine Klassenlotterie unter dem Namen

„Nordwestdeutsche Klassenlotterie
(früher Hamburger Klassenlotterie)“

Artikel II

Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 20. Dezember 1966

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen

(L.S.)
Der Ministerpräsident
H. Kühn

Der Finanzminister
Wertz

— GV. NW. 1967 S. 3.

97

**Verordnung NW TS Nr. 1/67
über einen Tarif für die An- und Abfuhr von Milch
und Milcherzeugnissen im allgemeinen Güternah-
verkehr mit Kraftfahrzeugen in Nordrhein-Westfalen**

Vom 16. Dezember 1966

Auf Grund des § 84 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juni 1964 (BGBl. I S. 345), und der Verordnung über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen und über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem GüKG vom 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 362) in Verbindung mit § 15 Abs. 1 der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen (GNT) vom 29. Dezember 1958 (BANz. Nr. 1 vom 3. Januar 1959), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. Juli 1966 (BANz. Nr. 140 vom 30. Juli 1966), wird im Benehmen mit den Bundesministern für Verkehr und für Wirtschaft verordnet:

§ 1

Für die Anfuhr von Milch und die Abfuhr von Leergut sowie Molkereiprodukten mit Kraftfahrzeugen im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 GüKG) zwischen den Betrieben der Erzeuger oder den Milchsammelstellen und den milchverarbeitenden Betrieben oder deren Sammelstellen gelten im Lande Nordrhein-Westfalen die nachstehenden Abweichungen vom GNT.

§ 2

(1) An Stelle der Tages- und Kilometersätze der Tafel I, der Stundensätze der Tafel II und der Leistungssätze der Tafel III des GNT sind die Tarifsätze der Anlage dieser Verordnung unabhängig von der Nutzlast der Fahrzeuge anzuwenden. Sie dürfen um nicht mehr als 10% unter- oder überschritten werden.

(2) Für die Frachtberechnung sind den Tarifsätzen der Anlage dieser Verordnung zugrunde zu legen

1. die Lastkilometer von der ersten Beladestelle bis zur Entladestelle;
2. das Nettogewicht der im Durchschnitt des Abrechnungszeitraums je Fahrt beförderten Milchmenge, mindestens 1000 kg je Fahrt.

(3) Mit der Fracht nach Abs. 1 und 2 sind abgegolten

1. das Be- und Entladen der Fahrzeuge;
2. der tägliche Rücktransport des Leergutes;
3. die Abfuhr von Milch, Magermilch, Buttermilch und Molke bis zu einer Menge von 20% der im Abrechnungszeitraum angelieferten Milch sowie die Abfuhr von Butter und Käse. Für die Abfuhr gilt ein Umrechnungsgewicht von 1 l = 1 kg.

§ 3

(1) Zuschläge zu den Tarifsätzen der Anlage dieser Verordnung dürfen vereinbart werden

1. bei schwierigen Transportverhältnissen bis zu 20%;
2. für Lastkilometer von weniger als 13 km bis zu 30%, falls das Nettogewicht der Milch bei der Anfuhr im Durch-

- schnitt des Abrechnungszeitraums je Fahrt weniger als 2000 kg beträgt;
3. für die Abfuhr von Milch, Magermilch, Buttermilch und Molke 0,3 Pfg. pro Liter, soweit ihre Menge über die in § 2 Abs. 3 Ziff. 3 genannte Menge hinausgeht;
  4. für An- und Abfahrten;
  5. für Wartezeiten.

(2) Abschläge bis zu 20% von den Tarifsätzen der Anlage dieser Verordnung dürfen vereinbart werden, wenn der Rücktransport des Leergutes nach § 2 Abs. 3 Ziff. 2 nicht unmittelbar nach der Abfertigung durch den Empfänger erfolgt.

§ 4

(1) Die milchverarbeitenden Betriebe oder deren Sammelstellen (Empfänger) haben für jede Fahrt zwecks Abrechnung eine Empfangsbescheinigung für den Unternehmer auszustellen.

(2) Der Empfänger hat mit dem Unternehmer für den Abrechnungszeitraum abzurechnen. In der Abrechnung sind anzugeben:

1. die Menge der im Abrechnungszeitraum angefahrenen Milch und der abgefahrenen Milch, Magermilch, Buttermilch oder Molke;
2. die Anzahl der Fahrten im Abrechnungszeitraum;
3. die im Abrechnungszeitraum durchschnittlich beförderte Milchmenge nach Maßgabe der Bestimmung des § 2 Abs. 2 Ziff. 2;
4. die je Fahrt zurückgelegten Lastkilometer;

5. der der Abrechnung zugrunde gelegte Frachtsatz, die Zu- und Abschläge sowie das Gesamtentgelt.

Eine Zweitschrift der Abrechnung hat der Empfänger drei Jahre aufzubewahren.

(3) Der Abrechnungszeitraum soll einen Monat nicht überschreiten. Ein längerer Abrechnungszeitraum, der jedoch ein Jahr nicht überschreiten darf, ist zulässig, wenn mindestens monatlich eine Abschlagszahlung auf Grund einer Zwischenrechnung geleistet wird.

§ 5

Die §§ 1 Abs. 2, §§ 2, 3, 4 Abs. 1 und 2, § 5 Abs. 1, 2 und 4 sowie §§ 6 bis 14 GNT sind nicht anzuwenden.

§ 6

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden auf Grund des § 98 GüKG und des § 2 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 vom 9. Juli 1954 (BGBl. I S. 175), zuletzt geändert durch die Sicherstellungsgesetze vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 920, 927 und 938) geahndet.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1967 in Kraft.

Düsseldorf, den 16. Dezember 1966

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Gleitze

Frachtsatztafel

Frachtsätze in Pfennig für 100 kg

Entfernung in Last- kilometer	Milchmengen bis einschließlich														
	1,0 t	2,0 t	2,5 t	3,0 t	3,5 t	4,0 t	4,5 t	5,0 t	5,5 t	6,0 t	7,0 t	8,0 t	9,0 t	10,0 t	über 10,0 t
1 bis 4	116	110	106	103	100	97	94	91	88	85	83	82	81	80	77
5 bis 7	124	118	113	110	106	103	99	96	92	89	87	86	85	84	81
8 bis 10	133	126	121	117	113	109	105	101	97	94	92	91	89	88	85
11 bis 13	142	134	128	124	120	115	111	107	102	98	96	95	94	93	90
14 bis 16	151	142	136	131	127	122	117	112	107	103	101	100	98	97	94
17 bis 19	160	150	144	139	133	128	123	118	112	107	105	104	103	102	98
20 bis 24	175	163	157	151	145	139	133	127	121	115	113	112	110	109	105
25 bis 29	190	177	169	163	156	149	143	136	129	122	120	119	118	116	113
30 bis 34	205	190	182	175	167	160	152	145	137	130	128	127	125	124	120
35 bis 39	220	204	195	187	178	170	162	154	145	137	135	134	133	131	127
40 bis 44	235	217	208	199	190	181	172	163	154	145	143	142	140	138	134
45 bis 49	250	231	220	211	201	191	182	172	162	152	150	149	147	146	142
50 bis 54	265	244	233	223	212	202	192	181	170	160	158	157	155	153	149
55 bis 59	280	258	246	235	223	212	201	190	179	168	166	164	162	160	156
60 bis 64	295	271	259	247	235	223	211	199	187	175	173	172	170	168	163
65 bis 69	310	285	271	259	246	233	221	208	195	183	181	179	177	175	171
70 bis 74	325	298	284	271	257	244	231	217	203	190	188	187	185	182	178
75 bis 80	343	315	300	286	271	257	243	228	214	200	198	196	194	192	187
je angefangene weitere 5 km		13	13	12	11	10	10	9	8	7	7	7	7	7	7

— GV. NW. 1967 S. 3.

Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.